

PINNEBERG aktuell

Newsletter der CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag

Ausgabe 3/Jahrgang 2015

www.cdu-kreistag-pinneberg.de

EDITORIAL

Liebe Parteifreunde!

Zum Nachdenken...



Am Vortag der letzten Kreistagssitzung sind 150 Menschen bei einem Flugzeugabsturz in Südfrankreich ums Leben gekommen. Die Nachricht von dem tragischen Unglück hat uns wohl alle fassungslos gemacht. Kreispräsident Burkhard E. Tiemann hat Angehörige und Freunde der Opfer des Mitgeföhls des Kreistages versichert und zu einer Gedenkminute aufgerufen. Einmal mehr hat er die richtigen Worte gefunden.

Dagegen hat die Ampel-Koalition nicht die richtigen Worte gefunden, nachdem sie bei den Haushaltsberatungen das Budget des Kreispräsidenten radikal kürzen wollte. Von einst 15.000 Euro (die auch Tiemanns Vorgänger von der SPD zur Verfügung standen) wurde sein Budget im Finanzausschuss auf 3.000 Euro zusammen gestrichen. Weitere 3.000 Euro für Landrat und Kreispräsident wurden mit einem Sperrvermerk versehen. Im Kreistag erhöhte man den Ansatz dann auf 6.000 Euro.

Die Veranstaltungen, die der Kreispräsident mit großem Erfolg alljährlich durchführt, sind damit nicht einmal ansatzweise zu finanzieren. Allein das alle zwei Jahre stattfindende Sommerfest des Kreistages erfordert über 10.000 Euro. Das Niveau dieses allseits anerkannten Empfanges, der als „Danke-schön“ für ehrenamtlich Tätige aus allen Bereichen, wie auch dem Dank an Sponsoren, Vereine, Verbände und dem „Networking“ dient, ist mit der beschlossenen Dotierung nicht zu halten. Was aber wird aus den zahlreichen Ehrungen, die die Wertschätzung des Kreises für besondere Leistungen zum Ausdruck bringen sollen, aus der Gedenkfeier für die Opfer des Nationalsozialismus, dem Empfang für Theaterschaffende zum Welttheatertag, der Europaveranstaltung für junge Menschen zum Europatag, dem Helfer- und Retterempfang für die Ehrenamtlichen in den Freiwilligen Feuerwehren, beim THW, der DLRG, bei DRK oder ASB, bei den Johannitern oder Maltesern? All das sind Veranstaltungen, die der Kreispräsident ins Leben gerufen hat und maßgeblich selbst organisiert!

Unterschätzt die Ampel die Außenwirkung, die die Forderung nach Offenlegung jedes noch so kleinen Betrages in der Öffentlichkeit hinterlässt? Der Kreispräsident wirkt mit bewundernswertem persönlichem Engagement für das Ansehen des gesamten Kreistages, und seine Amtsführung wird – abgesehen von linksgerichteten Medien – allseits anerkannt. Mit solchen Respektlosigkeiten, wie sie ihm im letzten Finanzausschuss – zu allem Überfluss noch exakt an seinem Geburtstag - entgegen gebracht wurden, machen die Arroganz der Macht deutlich, die SPD, Grüne und FDP an den Tag legen.

Ansonsten haben sie bisher nichts geleistet. Die Förderung für das „Haus der kleinen Forscher“ haben sie gestrichen und damit deutlich gemacht, dass frühkindliche Bildung für sie nur ein Lippenbekenntnis ist. Bei zahlreichen Sachthemen bedienen sie die eigene Klientel, wirkliche Einsparungen sind dagegen nicht erkennbar. Statt für die Freigabe weniger Euros für das Budget des Kreispräsidenten teure Sondersitzungen zu verlangen, wären sie besser beraten, einmal über Möglichkeiten nachzudenken, wie man die Kreisumlage senken könnte.

Ihre Heike Beukelmann
Fraktionsvorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion

Unser neues Kreistagsmitglied

Karla Fock verpflichtet



Wir begrüßen ganz herzlich unser langjähriges Fraktionsmitglied, Karla Fock, als neue Kreistagsabgeordnete. Ihre Vorgängerin, Gisela Claasen, von der schönen Insel Helgoland, konnte Ihr Mandat leider aus persönlichen Gründen nicht mehr wahrnehmen.

Auf der Liste war Karla Fock die nächste Nachrückerin – und so freuen wir uns darüber, dass sie uns ab sofort im Kreistag unterstützt.

Eigentlich müsste Karla Fock allen Parteimitgliedern im Kreis Pinneberg bekannt sein. Denn im beruflichen Leben leitet sie als Kreisgeschäftsführerin die Kreisgeschäftsstelle der CDU in Pinneberg.

Wir wünschen Karla Fock alles Gute, Erfolg und vor allem Spaß bei der neuen Aufgabe!

KS



Abgeordnetenwort...

Christian Saborowski

„Die CDU kann vieles besser, nur nicht Sozialpolitik“

Dies jedenfalls ergeben Umfragen, wenn es darum geht, festzustellen, welche der Parteien in Deutschland die jeweils höchste Fachkompetenz in den Bereichen Wirtschaft-, Finanz-, Umwelt oder Sozialpolitik nach Meinung der Wähler hat.



Ein Vorurteil, das auch im Kreis Pinneberg besteht und das sich hartnäckig hält. Obwohl die CDU in den letzten Jahren mit ihrer Mehrheit dafür gesorgt hat, die hohe Qualität der Dienstleistungen im Bereich Jugendhilfe und Soziales sicherzustellen und auszubauen.

Alle Versuche, dies auch als stärkste Fraktion im Kreistag ab 2013 für die Zukunft durch konstruktive Anträge fortzusetzen, sind nicht zuletzt gegen SPD, Grüne und Linke gescheitert, weil die FDP im Kreis Pinneberg nicht als bürgerliche Partei auftritt, sondern vielmehr dort mitmischt, wo immer sie die Mehrheit vermutet. Leider ist dies oft bei SPD, Grünen, Linken, und Piraten.

Dass wir mit unserer Sozial- und Jugendhilfepolitik nicht ganz falsch liegen, wird in einem Gruß zum Jahreswechsel an mich als den Sozialpolitischen Sprecher der CDU Kreistagsfraktion, deutlich.

Hier schreibt der Fachdienstleiter Christoph Helms:

„Ich habe, ob Sie es glauben oder nicht, den fachlichen Diskurs mit Ihnen das ganze Jahr genossen.

Bei allem sicher vorhandenen politischen Kalkül, bringen Sie eine fachliche Intensität in die Diskussion, die auch für mich anregend und herausfordernd ist und mich gleichzeitig aus meiner Komfortzone herausbringt und dazu zwingt manchmal noch tiefer in die Theorie der Sozialplanung einzusteigen.

Im Übrigen bin ich mir ziemlich sicher, dass Sie einer der Wenigen sind, die tatsächlich von der Sinnhaftigkeit einer Sozialplanung überzeugt sind und die Chancen erkennen können, die darin stecken.

Von daher wurden Sie von mir immer als wertvoller Mitstreiter gesehen. So freue ich mich auf das kommende Jahr und den weiteren Austausch mit Ihnen und hoffe, dass Sie Herrn Willmann und mich im weiteren Prozess unterstützen.“

Diese Aussagen gebe ich gern an alle Fraktionsmitglieder weiter, die in der Vergangenheit diese Politik mit unterstützt haben.

Aber auch in den von der CDU-Fraktion beantragten und von SPD, Grünen und FDP abgelehnten Strategischen Zielen zur Sozial- und Jugendhilfepolitik ist erkennbar, wer sich in unserem Kreis Pinneberg für eine effektive und effiziente Politik einsetzt.

Es reicht nicht aus, Ziele und Wünsche zu formulieren, ohne zu sagen, mit welchen konkreten Maßnahmen und finanziellen Mitteln dies erreicht werden soll.

In den Strategischen Zielen der CDU wurde nach diesen Grundsätzen gehandelt. Und auch in der Vergangenheit hat die CDU diese Grundsätze beachtet.

So war die seinerzeit getroffene und von der CDU umgesetzte Entscheidung, die ambulante Betreuung von Menschen, die im Rahmen der Eingliederungshilfe so lange wie irgend möglich sicherzustellen, statt die stationäre Einrichtung des Landes in Anspruch zu nehmen, eine richtige und effektive Entscheidung.

Eine effiziente und damit auch für den Kreis Pinneberg dauerhaft tragbare Entscheidung ist erst kürzlich daraus geworden.

Das Land hat über eine Veränderung der Finanzierung sichergestellt, dass der Kreis an den Einsparungen, die durch die ambulante Betreuung entstehen, beteiligt wird. Die Beharrlichkeit der CDU, dies immer wieder einzufordern und die erfolgreiche Unterstützung der Verwaltung hat dies möglich gemacht. Deshalb sind wir auch weiterhin der Meinung, dass die von der CDU eingeforderten Strategischen Ziele auch in Zukunft umgesetzt werden müssen.

Um entsprechende Mehrheiten muss gerungen werden. Spätestens bei den Kommunalwahlen 2018 haben wir die Chance, dies zu erreichen. Wir, in der Teilfraktion und alle, die in der Fraktion in den unterschiedlichen Fachbereichen aktiv sind, arbeiten daran.

Ihr Christian Saborowski
Sozialpolitischer Sprecher

Allen Leserinnen und Lesern
wünschen wir ein schönes und
gesegnetes Osterfest!

Abgeordnetenwort...

Jörn Kruse

Pläne zur Verlängerung der S21-Nordverlängerung müssen zügig umgesetzt werden.



Eine Inbetriebnahme der S21-Nordverlängerung zum Fahrplanwechsel Mitte Dezember 2019 ist möglich. Wir haben das Projekt stets im Ausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr pro aktiv begleitet und uns für eine

Realisierung aktiv eingesetzt. Die Chancen für eine Umsetzung waren noch nie so gut wie jetzt. Dies haben wir in der jüngsten Sitzung des Ausschusses sehr deutlich diskutiert.

Zur finalen Realisierung stehen noch die „verbindlichen“ Beschlüsse der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg aus. Wenn dies nunmehr zeitnah mit dem entsprechenden Antrag auf Bundesförderung geschieht, steht eine Realisierung der Nordverlängerung von Eidelstedt via Quickborn nach Kaltenkirchen nichts mehr im Weg.

Die Kreisfraktion ist bei Thema im engen Kontakt mit dem Landtagsabgeordneten Peter Lehnert, der im Landtag einen weiteren Antrag für die zügige Umsetzung eingebracht hat.

Wir erwarten von der Landesregierung, dass für dieses Verkehrsprojekt mit herausgehobener strukturpolitischer Bedeutung alles getan wird, damit dieses so wichtige Projekt zu dem geplanten Termin fertiggestellt ist. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten endlich Taten von der derzeitigen Landesregierung in Kiel.

Wir werden den Prozess weiterhin genau im Auge behalten und uns mit unseren Möglichkeiten für eine zeitnahe Umsetzung der S21- Nordverlängerung stark machen.

Ihr Jörn Kruse

Verkehrspolitischer Sprecher

Pinneberger Kreispolitik als Vorbild für die Ukraine

Vergangene Woche nahm unser Fraktionskollege und Kreistagsabgeordneter, Nicolas Sölter, als Redner an der Gründung der

School on Policy-Making and Development of Civil Society der Bohdan-Hawrylyshyn-Stiftung in Kiew Teil. Sölter war als Bundesvorstands-



Nicolas Sölter (re.) in Kiew

mitglied der Jungen Union Deutschlands und als Mitglied des Pinneberger Kreistages ein-

geladen, um mit jungen Ukrainern über die Rolle der jungen Generation in der Politik und die Chancen des deutschen kommunalpolitischen Systems für die Ukraine zu diskutieren.

Die Schule bietet jungen Ukrainern künftig ein breites Angebot an Seminaren zu politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Themen, vergleichbar den politischen Stiftungen in Deutschland. Der Stifter, Prof. Bohdan-Hawrylyshyn, ist ukrainischer Volkswirt sowie Mitglied des Club of Rome und Gründungsmitglied des Weltwirtschaftsforums in Davos. Das Projekt wird u.a. von der Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt und steht unter dem Dach der Kiewer Gespräche, einem Zusammenschluss verschiedener Stiftungen und NGOs, die sich um einen gesellschaftlichen Austausch zwischen der EU und der Ukraine bemühen.

Themen der angeregten Diskussion waren vor allem das deutsche Verfassungssystem, Rechtsstaatlichkeit, Föderalismus und kommunale Selbstverwaltung. Insbesondere letzteres ist in der Ukraine kaum bekannt, da momentan sämtliche Einnahmen nach Kiew fließen und von dort zentral verteilt werden. So trafen denn auch die Ausführungen Sölters zu den Funktionsweisen des Pinneberger Kreistags auf sehr großes Interesse:

„Das stark zentralistische System der Ukraine verschärft den momentanen Konflikt zwischen der ukrainischen Mehrheit und der russischen Minderheit. Hinzu kommt ein hohes Maß an Korruption und eine starke Rolle der Oligarchen. „Dies haben die Ukrainer erkannt und

IMPRESSUM

Herausgeber:

Der Vorstand der CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag | Redaktion und Produktion: Kerstin Seyfert | Redaktionsadresse: CDU-Kreisgeschäftsstelle • Lindenstrasse 19 • 25421

Pinneberg | Tel.: 04101 / 22927 | Fax: 04101 / 591761 | Email: newsletter@cdu-kreistag-pinneberg.de | www.cdu-kreistag-pinneberg.de

Fotos: CDU, Kerstin Seyfert

den Prozess für eine Verfassungsreform eingeleitet, die mehr kommunale Eigenverantwortung vorsieht. Unser deutsches System wird dabei von einer großen Mehrheit als Vorbild gesehen“, so Sölter.

Die Podiumsdiskussion in englischer Sprache und ein anschließender Empfang wurden von vielen interessierten Ukrainern entsprechend ausgiebig genutzt: „Die Diskussion mit über hundert jungen Teilnehmern hat mich stark beeindruckt. Ich habe schon an vielen vergleichbaren Veranstaltungen in Deutschland teilgenommen. Einen vergleichbaren Hunger nach Freiheit und Demokratie habe ich aber noch nie zuvor erlebt. Die Proteste vom Majdan und der derzeitige Konflikt mit Russland haben schon jetzt eine Generation mutiger Demokraten hervorgebracht“, so Sölter weiter.

Abgeordnetenwort...

Hans Salwender

Politik ist anders – am Beispiel Yanis Varoufakis

Vor kurzem erschien ein Artikel in der „Zeit“ über Prof. Varoufakis. Einige Sätze machten mich nachdenklich: „Varoufakis war als Ökonom ein Star“ oder auch „...Welt der Politik mit Ihren Deals und Absprachen.“ „Deshalb sind gute Experten oft schlechte Politiker – und umgekehrt“, „Varoufakis hat einmal gesagt, in Europa wachen Beamte über die Einhaltung ökonomischer Größen, deren Bedeutung sie nicht verstehen.“

Ich möchte heute gar nicht darüber schreiben, dass ich glaube, dass Varoufakis genau der Richtige ist, der in Griechenland die Chance hätte mit seiner lockeren Art, genau diese Generation mitzunehmen – und für Europa zu gewinnen – die in Zukunft in Griechenland die Steuern zahlen sollen. Nein, ich wollte eigentlich darüber schreiben, dass mich – ohne mich mit Prof. Varoufakis vergleichen zu wollen – dieser Artikel an die Zeit erinnerte, als ich mit der Politik im Kreis Pinneberg anfang.

Vor acht oder zehn Jahren wurde ich von einem Mitglied des Vorstandes der Kreistags-



fraktion gefragt, ob ich als Sachverständiger für Krankenhäuser und Krankenhausfinanzierung – immerhin bin ich seit 14 Jahren in Altona auf ärztlicher Seite für Finanzen, z.B. DRG-System, Kostenreduktionen u.ä., zuständig – Lust hätte dieses Wissen in die Kreistagsfraktion einzubringen. Der damalige Landrat schätzte am Anfang auch meine Beiträge, solange sie sich mit seinen deckten. Als ich aber wiederholt darauf hinwies, dass das auflaufende Defizit nicht mit Erlösen und normalen Ausgaben zu erklären sei, wurde ich zunehmend politisch ausgebremst. Ich wollte den Landesrechnungshofbericht zu den Regio Kliniken abwarten, der bereits in Arbeit war, weil da m. E. etwas nicht stimmte. Zusätzlich habe ich auch auf den Krankenhausverkauf in Hamburg hingewiesen, den ich live miterlebt habe, damit wir im Kreis Pinneberg von realistischen Erwartungen ausgehen konnten. Es fielen andere Entscheidungen.

Es ist frustrierend, wegen Spezialwissens „engagiert“ zu werden und anschließend ausgetotet zu werden, wenn man dieses Wissen nicht politischen Erwägungen unterordnen will. Da es nach dem Erachten des Wissenschaftlers keinen Kompromiss bei Fakten gibt. Ganz anders ist es bei tatsächlich vorliegenden Interessenskonflikten, wo wir als Politiker und Vertreter der Bevölkerung aufgefordert sind, stellvertretend Kompromisse zu schließen. Hier ist das Unverständnis oft auf der Seite derer, die nur eine Seite sehen, z.B. weil sie nur eine Seite betrifft. Ganz aktuell in Pinneberg, der Stadt, die ich im Kreistag vertrete.

Seit Jahren werden neue Wohnungen gebaut. Regelmäßig auf die grüne Wiese, auf die die Alteingesessenen zuvor geblickt haben. Hier gilt es regelmäßig abzuwägen, welches Gut das Höhere ist – Wohnraum oder Aussicht. Wobei natürlich bei der nächsten Runde die Neubürger, die dann Alteingesessenen sind, denen vor die Aussicht gebaut wird.

Aber jetzt gibt es in Pinneberg eine m. E. neue Qualität. Da ziehen Menschen vor einigen Jahren an eine Kaserne, an deren Hinterausgang eine Straße verläuft. Zwar unbefestigt, aber eine Straße. Als ich vor zehn Jahren nach Pinneberg West zog, gab es noch keinen Kreis bei „Familia“, sondern nur den Wedeler Weg. Von diesem ging diese Straße (eindeutig sichtbar mit Ortsschild) zur Kaserne hin ab. Jetzt wird diese Kaserne bebaut.

Jeder der eine Karte halten kann, sieht dass der Abfluss über Westen, direkt hin zum Kreis, der sinnvollere ist, statt durch die ganze Stadt, über den ohnehin hoffnungslos überfüllten Thesdorfer Weg. Jetzt wird geklagt, von den Bewohnern, die in den letzten Jahren ohnehin schon Glück hatten, dass die Straße aus der Kaserne heraus immer weniger be-

nutzt wurde. Es wird diskutiert, auf Zeit gespielt, geklagt, um die Westanbindung zu verhindern. Inklusiv des immer wieder angebrachten Punktes, die Anzahl der Wohnungen zu reduzieren, wie auch immer. Hauptsache, es sind irgendwann so wenige Wohnungen (wo der Bedarf sonst gedeckt wird, ist ja egal...), dass man ein Gutachten vorzaubern kann, dass nur eine Straße aus dem Kasernengelände herausführen muss. Und dann wird man schon sehen, wer den längeren Atem hat. Die Stadt bestimmt nicht, weil sie endlich bauen will. Dann bleiben ja nur noch die Bewohner auf der Ostseite, die vielleicht weniger Möglichkeiten für endlose (Rechts)streite haben. Schön wenn man selbst Jurist ist. Das ist das, was einen als nüchternen Wissenschaftler zur Weißglut treibt. Die Fakten sind klar: Bevor wir weitere Grünflächen bebauen, bauen wir in der Kaserne. Im Westen gibt eine Straße, die direkt auf die LSE und in Kürze zum Autobahnzubringer führt. Blöd nur, wenn die Entscheidung von dem herbeigeführt wird, der den (finanziell) längeren Atem hat.

Ihr Hans Salvender

Wer ist...

Britta von Appen?

Ich bin 1974 in Hamburg geboren und lebe schon mein ganzes Leben in Rellingen. Nach dem Abitur und der Ausbildung als Bankkauffrau, habe ich ein berufsbegleitendes Studium zur Bankbetriebswirtin absolviert.



Heute arbeite ich in der Geschäftskundenbetreuerin einer großen regionalen Genossenschaftsbank.

Meine ersten politischen Erfahrungen habe ich bereits mit 13 Jahren gemacht, damals habe ich mich für eine bessere Busanbindung unseres Ortsteils eingesetzt.

Gestalten zu können hat mich schon lange fasziniert, so dass ich dann mit 16 Jahren in die Junge Union und mit 18 Jahren in die CDU eingetreten bin. Lange Zeit habe ich mich politisch in der Jungen Union engagiert. Ich war Ortsvorsitzende und später stellvertretende Kreisvorsitzende und Geschäftsführerin. Doch meine Begeisterung für Kommunalpolitik war weiterhin sehr groß und so bin ich 2000 Mitglied der Kreistagsfraktion

geworden. Gestartet bin ich als bürgerliches Ausschussmitglied im Jugendhilfeausschuss. Seit fast zehn Jahren bin ich nunmehr Kreistagsabgeordnete. Nach der Kommunalwahl 2008 wurde ich finanzpolitische Sprecherin und stellvertretende Finanzausschussvorsitzende. Generationengerechtigkeit ist für mich keine leere Worthülse, sondern mein größter Antrieb mich politisch zu engagieren. In den letzten zehn Jahren habe ich mich insbesondere dafür eingesetzt, dass nicht mehr Geld ausgegeben als eingenommen wird. Grenzenlose Ausgaben haben keinen Erfolg, wenn sie über Kredite finanziert werden müssen und damit nachfolgende Generationen belasten.

Es kann nicht richtig sein, dass die Generationen von morgen noch für die Schulden der Vergangenheit gerade stehen müssen. So ist es besonders wichtig, anstehende Investitionen und Ausgaben verantwortungsbewusst zu überprüfen und zu steuern.

Ihre Britta von Appen

Besuch aus dem Landtag

Die beiden Landtagsabgeordneten Heike Franzen und Barbara Ostmeier besuchten in der vergangenen Woche, gemeinsam mit der Fraktionsvorsitzenden, Heike Beukelmann sowie der schulpolitischen Sprecherin, Kerstin Seyfert, die Heideweg-Schule (Förderzentrum GE) in Appen-Etz und die Kreisberufsschule Pinneberg. Der Besuch diente einem Informationsaustausch mit den Schulleitern zu den Themen Inklusion und der Flüchtlingsproblematik. Noch immer ist das Angebot an DAZ (Deutsch als Zweitsprache) -Stunden zu gering und es fehlt dafür ausgebildetes Personal.

KS



Links: Heike Beukelmann mit Heike Franzen, Volker Schwarz (M.), Barbara Ostmeier und Kerstin Seyfert (r.). Außerdem die beiden Elternvertreterinnen.